

# Hoffnung für den GK-Turm!

**Christen brauchen keine Garnisonkirche.** Dies wurde heute durch den Brief der gleichnamigen Organisation und durch die Synode der EKBO deutlich. Selbst die hiesigen Tageszeitungen berichteten davon.

(<https://www.pnn.de/potsdam/streit-um-die-garnisonkirche-innerkirchlicher-zwist-um-den-wiederaufbau/28220902.html>)

<https://www.maz-online.de/Lokales/Potsdam/So-verteidigt-die-Landeskirche-den-Millionenzuschuss-fuer-den-Garnisonkirchturm>

**hier der Link zur PM der Christen:**

[2022-03-Brief-an-Synodale-EndfassungHerunterladen](#)

Beide Potsdamer Zeitungen berufen sich dabei auf eine epd-Meldung. Worüber der Evangelischen Pressedienst (epd) jedoch nicht berichtete sind die Proteste, die die Eröffnung der heutigen Synode begleiteten. Gegner:innen des GK-Projektes machten zu Beginn der Synode deutlich, dass das GK-Projekt ein „Finanz-Fass ohne Boden“ ist und alles Geld der evangelischen Kirche nicht ausreichen wird, um neben allen anderen Verpflichtungen, dieses Projekt zu Ende zu bringen und langjährig zu betreiben.

Um so erstaunlicher ist, dass bisher keine der professionellen Redaktionsnetzwerke die – vielleicht rettende – Offerte aus den USA, aus Sioux Falls, der Partnerstadt Potsdams, aufgegriffen hat. Sioux Falls ist die größte und eine der ältesten Städte des amerikanischen Bundesstaates South Dakota.

**Die dortige Gemeinde der „Jehovah’s Witnesses“** (Kingdom Hall in Sioux Falls, SD. 4900 W 49th St, Sioux Falls, SD 57106) **hat vor einigen Tagen Interesse an dem Potsdamer Turmprojekt bekundet.** Dies bestätigte uns auf Nachfrage auch die Vertretung der Religionsgemeinschaft in Deutschland (Sitz in 12557 Berlin).

Der Turm in seiner jetzigen Gestalt eignet sich gut als neues Hauptquartier der Zeugen Jehovas in Deutschland. Der Turm steht symbolisch für den Wachturm. Dem Aushängeschild der Wachturm-Gemeinschaft.

Die Geschichte der Zeugen Jehovas in Deutschland im letzten Jahrhundert bietet die Grundlage für die aktuelle Offerte. Im ersten Weltkrieg noch für Preußen-Deutschland in den Krieg gezogen, dann von Nazis verfolgt und vielfach vernichtet. In der DDR sind sie äußerst diskriminierend behandelt worden.

**Der Turm der Preußenkönige und nationalsozialistischen Kultstätte würde als Wachturm erstmals einen Versöhnungscharakter haben.**

Die Geschichte der Zeugen Jehovas in der Zeit des Nationalsozialismus ist geprägt von den Konflikten mit den nationalsozialistischen Staatsorganen, unter anderem wegen ihrer Verweigerung des Kriegsdienstes und des Hitlergrußes. Während der Zeit des Nationalsozialismus wurden die Zeugen Jehovas (früher „Bibelforscher“ genannt) vor allem deswegen verfolgt.

Bekanntes sich 1918 noch 3.900 Menschen als Bibelforscher, waren es 1919 schon 5.500 und 1926 bereits 22.500. Die Religionsgemeinschaft stieß aber auch auf deutliche Ablehnung.

Die Anschuldigungen der völkisch-nationalen Presse konzentrierte sich im Kern darauf, die Bibelforscher als von Juden oder Freimaurern finanzierte Organisation darzustellen, die eine bolschewistische Revolution vorbereite. Diese Verschwörungstheorien wurden unter anderen von Alfred Rosenberg aufgegriffen, dem Chefredakteur des Völkischen Beobachters, der Parteizeitung der NSDAP.

Nach dem Zweiten Weltkrieg erhielten die Zeugen Jehovas zunächst eine Zulassung zur „gottesdienstlichen Betätigung“ in Magdeburg. Im August 1950 wurden sie in der DDR verboten und das Büro in Magdeburg geschlossen. Es wurde ihnen vorgeworfen,

dass ihre Vereinigung „Boykotthetze“ gegen demokratische Einrichtungen betrieben habe und dass ihre Mitglieder „Spione“ einer imperialistischen Macht seien. In einem Schauprozess vom 3. und 4. Oktober 1950 zeigte die Staatsanwaltschaft als Beweisstück für staatschädigende Tätigkeiten unter anderem von Zeugen Jehovas angefertigte „Gebietskarten“, die vermeintlich politische und militärische Strukturen der DDR dokumentierten. Die so gesammelten Daten, zusammen mit den Adressen von DDR-Funktionären und -Einrichtungen sowie Aufstellungen von Schwierigkeiten der Mitglieder mit Behörden, seien über die Magdeburger Leitung an die Zentrale nach Brooklyn, New York, übermittelt worden. Dadurch habe die „Sekte“ dem „amerikanischen Imperialismus“ in die Hände gespielt. Es resultierten hohe Zuchthausstrafen: zweimal lebenslänglich (für den Leiter der juristischen Abteilung der Wachturmgesellschaft Willi H. aus Magdeburg und für den hauptamtlichen „Kreisdienster“ in West-Mecklenburg, Lothar W.), dreimal 15 Jahre, einmal 12, zweimal 10 und einmal 8 Jahre Zuchthaus. In der Urteilsbegründung heißt es:

*„Zu den Organisationen, deren sich die ausländischen Reaktionäre zum Zwecke der Spionage und Wühlarbeit gegen die Deutsche Demokratische Republik bedienen, gehört nach der Anklage die Watch Tower and Tract Society, auch „Wachturmgesellschaft“ genannt, mit Sitz in Brooklyn (USA) und deutschen Zweigbüros in Wiesbaden, Westberlin und Magdeburg. [...] Wenn auch keine ausdrücklichen Anweisungen gegeben waren, gegen die Volkswahlen aufzutreten, so wurden doch solche Empfehlungen und Hinweise – dass man persönlich gegen die Wahl sei – in so klarer und bestimmter Art gegeben, dass jeder „Zeuge Jehovas“ sehr wohl verstand, dass er gegen die Wahl agitieren müsse, und das haben alle Angeklagten auch getan.“*

Allein von 1950 bis 1955 kamen 1850 Zeugen Jehovas in den DDR-Strafvollzug. Insgesamt starben 60 inhaftierte Zeugen Jehovas infolge Misshandlung, Unterernährung, Krankheit oder hohen

Alters. Es wurden zwölf lebenslange Haftstrafen ausgesprochen (später wurden sie auf 15 Jahre Haft reduziert). **Den Zeugen Jehovas wurde mehr genommen als nur eine vom Krieg zerstörte Kirchenruine. Sie bekamen als Ausgleich keine Gemeindehäuser gebaut.**

Ein Zeugen-Jehovas-Wachturm statt eines Garnisonkirchen-Aussichtsturms ... keine schlechte Idee.